Antrag 58/II/2023

FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission Erledigt durch 67/1/2023 (Konsens)

Für eine parteiübergreifende Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik jetzt!

- 1 Wie konnte es zu einer der größten deutschen außenpoli-
- 2 tischen Fehleinschätzungen der deutschen Russlandpo-
- 3 litik der letzten Jahrzehnte kommen, die wir spätestens
- 4 seit dem 24. Februar 2022 mit dem Beginn des russischen
- 5 Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine erlebt haben?

6

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag 7 werden aufgerufen, sich fraktionsübergreifend für eine 8 9 unabhängige Enquete-Kommission aus Fachleuten einzusetzen, um die deutsche Russlandpolitik seit Beginn der 10 Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 1999 historisch 11 und systematisch aufzuarbeiten. Im Kern geht es darum, 12 13 Faktoren und Strukturen zu identifizieren, die zur gescheiterten deutschen Russlandpolitik beigetragen haben, um 14 ähnliche strategische Fehler im Umgang mit autoritären 15 Staaten, wie etwa der Volksrepublik China, in Zukunft zu 16

vermeiden. Daher geht es unter anderem um folgende

18 19 20

21

22

23 24

25

26

27

28

29

30

31

32

33 34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44 45

46 47 Fragen:

17

- Wie konnte es zur sicherheitspolitischen Fehleinschätzung kommen, dass Russland unter Wladimir Putin keine direkte militärische Bedrohung für Deutschland und Europa darstellen würde? Wieso wurde ein Umdenken nicht spätestens ab dem Jahr 2014 mit der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim eingeleitet? Wieso gab es nie robuste Reaktionen auf Russlands Aggressionen gegenüber Deutschland und Europa (Cyberattacken, Spionage, Mordanschläge, Destabilisierungsversuche)?
- Wie konnte es zu den energie- und wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten insbesondere durch russische Rohstoffimporte (Gas, Kohle, Öl) kommen, ohne dass auf die Gefahren für Deutschland ausreichend Rücksicht genommen wurde? Wie konnte es dazu kommen, dass Deutschland sogar strategische Infrastruktur (z.B. Gasspeicher) an Russland verkauft hat? Warum wurden die Vorteile des wirtschaftlichen Austausches mit Russland lange überschätzt ("Wandel durch Handel bzw. Annäherung")?
- Wieso wurden die Warnungen unserer mittel- und osteuropäischer Partner - immerhin die eigentlichen Nachbarn Russlands - nicht ernst genommen? Wieso hat die zunehmende Autokratisierung, die damit einhergehende Unterdrückung und Verfolgung der demokratischen Opposition und Zivilgesellschaft, und die systematische Einschränkung der Menschenrechte in Russland nicht zu einem grund-

- legenden Umdenken der deutschen Russlandpolitikgeführt?
 - Warum verfingen und verfangen noch immer viele russischen Desinformationskampagnen in bestimmten Teilen der deutschen Gesellschaft? Warum gelang es der russischen Regierung, ungestört pro-russische Netzwerke und gefährliche Abhängigkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands aufzubauen? Welche Rolle hat die deutsche Wirtschaft in der deutschen Russlandpolitik gespielt und inwiefern haben deutsche Unternehmen dazu beigetragen, Deutschland in gefährliche Abhängigkeiten zu treiben?
 - Warum haben wir auf Russlands wachsende schädliche Einflüsse im Globalen Süden keine strategischen Antworten gefunden?

Diese und weitere Aspekte müssen systematisch aufgearbeitet werden, um derartige katastrophale Fehler zukünftig zu vermeiden und weiteren Schaden vom Land und Europa insgesamt abzuwenden. Die Enquete-Kommission soll aktiv von allen relevanten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in ihrer Arbeit unterstützt werden und notwendige Dokumente aus den Ministerien erhalten.

Mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission muss transparent umgegangen werden. Sie müssen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

In der Vergangenheit hat die deutsche Russlandpolitik nahezu parteiübergreifend und trotz zunehmender Autokra-tisierung in Russland und wiederholter russischer Aggres-sionen gegenüber seinen Nachbarn und Europa auf einen kooperativen Ansatz, insbesondere in der Energie- und Wirtschaftspolitik, mit Russland gesetzt. Dieser Ansatz lässt sich nicht anders als einen gravierenden Realitätsver-lust der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeich-nen. Er ging auch oft auf Kosten unserer mittel- und ost-europäischen Partner. Die sechs Prinzipien - Russland zuerst; Wandel durch Handel bzw. Annäherung; Interdepen-denz und Verflechtung als Garantie für Frieden; Sicherheit in Europa ist nur mit, nicht gegen Russland möglich; Wirt-schaft vor Geo- und Sicherheitspolitik sowie Historische Verantwortung verbietet Russland-Kritik - waren Teile der deutschen außenpolitischen DNA und bis etwa 1990 bzw. in die frühen 2000er Jahre auch durchaus berechtigt und begründbar. Die verfehlte Russlandpolitik gipfelte jedoch im deutsch-russischen Baubeschluss von "Nord Stream 2" nach der Annexion der Krim durch Russland sowie mit Be-ginn des Krieges im Donbass im Jahr 2014. Obwohl das

101 Vertrauen in die deutsch- russischen Beziehungen spätestens seit der Annexion der Krim 2014 und dem Krieg in der 102 Ostukraine massiv erschüttert wurde und Putin Deutschland und die EU als Gegner definierte, hat die Regierung 104 unter Kanzlerin Angela Merkel die energiepolitische Ab-105 hängigkeit von Russland weiter erhöht. Aufgrund zurück-106 haltender Reaktionen auf ihre Provokationen fühlten sich 107 108 die Machthaber in Moskau zu weiteren Aggressionen ermutigt. 109

110

Zahlreiche Politikerinnen und Politiker stellten zwar öf-111 fentlich fest, sich in ihren Grundannahmen bezüglich der 112 russischen Ziele getäuscht zu haben und bezeichneten ih-113 re Politik der vergangenen Jahre als Fehler. Diese Einsicht 114 ist zu begrüßen. Das reicht aber nicht aus, denn die Auf-115 arbeitung der deutschen Russlandpolitik verdient einen 116 öffentlichen, transparenten und systematischen Prozess. 117 Der Deutsche Bundestag ist dafür der richtige Ort beglei-118 tet von einer Enquete-Kommission. Wir sollten diesem Po-119 litikwandel systematisch einen Raum geben und ihm ge-120 bührenden Respekt und inhaltlichen Aufwand zollen. Es 121 122 geht hier nicht um eine Art "Tribunal" für einzelne Ent-123 scheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der letzten Jahrzehnte. Vielmehr geht es um die umfassende sys-124 tematische Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik, 125 126 denn derartige politische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten dürfen sich nicht wiederholen. 127

128

Die Enquete-Kommission soll dabei helfen, aus den ver-129 gangenen Entwicklungen zu lernen und Lehren für die Zu-130 kunft zu ziehen. Dies kann die Grundlage für eine realis-131 tische und zeitgemäße Russlandpolitik bilden und sollte 132 Basis dafür sein, neue Leitlinien für den Umgang mit Russland und anderen autokratischen Regimen auszuarbeiten. 134 Bei der Entwicklung einer neuen Russlandstrategie soll-135 136 ten auch die Teile der russischen Eliten, Gesellschaft und Diaspora, die gegen den Krieg sind, angehört und inte-137 138 griert werden. Auch eine neue Osteuropapolitik, die sich 139 durch stärkere Anerkennung und Annäherung kennzeichnet, kann die Lehre einer solchen Enquete-Kommission 140 sein. Diese ist essentiell, um unsere eigene Sicherheit, 141 Frieden und Wohlstand für die nächsten Generationen in Deutschland und Europa zu wahren.